

Zivilgesellschaft in Asien

Timor-Leste

Zivilgesellschaft wacht über Grundrechte

Eine aktive und freie Zivilgesellschaft leistet seit der Unabhängigkeit einen Beitrag zur Entwicklung des Landes. Sie ist engagiert in der Stärkung von Demokratie und Menschenrechten. Einschränkungen von Handlungsspielräumen tritt sie entschieden entgegen. Die gesellschaftspolitische Teilhabe fußt auf dem Eintreten für Selbstbestimmung während der 24 Jahre des Widerstandes gegen die Fremdherrschaft durch Indonesien.

Im von Indonesien besetzten Osttimor gab es 1998 lediglich 14 registrierte NGOs, und keine internationalen Organisationen waren dort aktiv. Ein Jahr später, am 30. August 1999, stimmten 78,5% der Osttimores:innen in einem von den Vereinten Nationen durchgeführte Referendum für die Loslösung. Pro-indonesische Milizen, die als Handlanger des Militärs agierten, überzogen das Land mit Gewalt und vertrieben Hunderttausende ins benachbarte Westtimor. Eine multinationale Friedenstruppe griff ein, die Vereinten Nationen stellten das Land unter ihre Übergangsverwaltung und entließen es am 20. Mai 2002 in die Unabhängigkeit. Die Anzahl der NGOs war in dieser Zeit auf über 500 angewachsen. Weitere 250 internationale Agenturen waren zur Hochzeit in der humanitären Krise und dem Wiederaufbau in Timor-Leste tätig; viele der lokalen NGOs wurden als Partner zur Umsetzung ihrer Maßnahmen gegründet. Bis zur Beendigung der letzten UN-Mission (2012) reduzierte sich die Anzahl stetig. Heute zählt das *Timor-Leste NGO Forum*¹ rund 200 lokale und 30 internationale NGOs.

Die Kraft der Zivilgesellschaft

Lange Zeit galt das „Post-Konflikt“-Land als fragil, schwere Krisen brachten es an den Rand des Zusammenbruchs. Seit 2018 bewertet die *Economist Intelligence Unit* Timor-Leste als eines der demokratischsten Ländern Südostasiens. Eine große Kraft zur Stärkung von Demokratie und Stabilität ging von der Zivilgesellschaft aus: „Viele der jungen Aktivist:innen im Widerstand engagierten sich im unabhängigen Timor-Leste in der NGO-Arbeit, die zum Entwicklungsprozess der Gemeinschaft beiträgt und die Nation von der Basis her aufbaut“, resümiert Rui Muakandala, Direktor von *Casa Produsaun Audiovisual* (CPA), einer NGO, die Identität und Frieden in Timor-Leste durch Medienarbeit fördert. „In vielen Bereichen ergänzen NGOs, die in der Gemeindeentwicklung tätig sind, die Arbeit

der Regierung, wie zum Beispiel in der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Jugend- und Kulturarbeit. Aber das ist nur ein Aspekt. NGOs engagieren sich für marginalisierte Gruppen und sind aktiv in der Empowerment- und Advocacy-Arbeit für Frauen und Mädchen. Wieder andere haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der Regierung kritisch zu begleiten. Ebenso schauen Journalist:innen der Regierung auf die Finger. Es gibt auch Proteste gegen die Regierung.“²

Wächterin über Grundrechte

NGOs tragen mit Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit dazu bei, das gesellschaftliche Bewusstsein für Probleme wie z.B. Korruption, geschlechtsspezifischer Gewalt und Straflosigkeit zu schärfen und die Einhaltung von Menschenrechten einzufordern.³

Timor-Leste steht vor erheblichen Herausforderungen: es hat ein gravierendes Armutproblem. Die Gesundheitsversorgung und das Bildungswesen sind noch immer schwach. Viele junge Menschen sind arbeitslos. Die Corona-Pandemie hat auch in Timor-Leste zu wirtschaftlicher Stagnation geführt und die soziale Ungleichheit hat sich vergrößert.

Bei allen Demokratieerfolgen blieben die Regierungen der jüngeren Jahre schwach. Spannungen zwischen den großen Parteien, die in den tief verwurzelten Konflikten zwischen den politischen Führern der Ära von 1975 ihre Ursachen haben, führen immer wieder zu politischen Pattsituationen. Ein Generationswechsel lässt auf sich

.....
2 Schlicher, Monika; Tschanz, Maria (2019): Timor-Leste – 20 Jahre in Freiheit. URL: <https://suedostasien.net/timor-leste-20-jahre-in-freiheit/>

3 IAN (2022): Menschenrechte 2022: Timor-Leste. URL: <https://www.asienhaus.de/nc/focus-timor-leste/detail/menschenrechte-in-timor-leste/>

.....
1 FONGTIL, Forum ONG Timor-Leste. URL: <https://fongtil.org.tl/>

warten. Weithin ist das politische System bestimmt von Patronage, Korruption und Vetternwirtschaft.

Immer wieder gibt es Versuche der Regierung, Raum für Zivilgesellschaft zu beschränken. Ein 2014 vom Parlament verabschiedetes Mediengesetz, welches der Regierung weitreichende Kontrolle über die Presse gibt und die Pressefreiheit beschneidet, sorgte für heftige Debatten und Proteste. Das Parlament musste auf Druck des Präsidenten Änderungen am Gesetz vornehmen.

Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung achten

„Das günstige Umfeld für die Zivilgesellschaft in Timor-Leste hat es ihr ermöglicht, eine entscheidende Rolle bei der Stärkung von Demokratie und Menschenrechten zu spielen“, heißt es in der Erklärung von Menschenrechtsorganisationen zur allgemeinen regelmäßigen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR zu Timor-Leste⁴) im Januar 2022 vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf. Es bestehe jedoch noch erheblicher Spielraum für Verbesserungen in Bezug auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Die Menschenrechtsgruppen, *La'ó Hamutuk*, *Judicial System Monitoring Program (JSMP)*, *HAK Association* zusammen mit *FORUM-ASIA* und *CIVICUS* rufen die Vereinten Nationen dazu auf, Timor-Leste auf seine Verpflichtung zur Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten hinzuweisen. Sie verweisen hier insbesondere auf die Versuche der Regierung im vergangenen Jahr, strafrechtliche Bestimmungen über Verleumdung durch ein „Cybercrime“-Gesetz wieder in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. Des Weiteren äußern sie große Besorgnis über Berichte von Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und willkürliche Festnahmen von Demonstrant:innen.

Empfehlungen

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Vertreter:innen der Bundesregierung, sich im Dialog mit Parlamentarier:innen und Regierungsvertreter:innen aus Timor-Leste dafür einzusetzen, dass

4 La'ó Hamutuk (2022): UN Periodic Review processes regarding Human Rights in Timor-Leste. URL: <http://www.laohamutuk.org/Ju-stice/UPR/12UPRIndex.htm>



„Ich erzähle meine Geschichte, weil ich nicht möchte, dass die nächste Generation wieder Opfer von Gewalt wird.“ Landesweiten Kampagne von NGOs gegen geschlechterspezifische Gewalt. (Foto: ACbit)

- ein spezifisches Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen im Einklang mit der Resolution 27/31 des Menschenrechtsrats und der Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsverteidiger:innen verabschiedet wird;
- auf neue Gesetze oder Bestimmungen verzichtet wird, die die Meinungsäußerung offline oder online einschränken;
- das Gesetzes über Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit (Nr. 1/2006) geändert wird, um das Recht auf friedliche Versammlungsfreiheit im Einklang mit internationalem Recht und internationalen Standards zu gewährleisten. ■